

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
in die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haag,
1. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis 6
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Agr. Sachsen
u. Herzogth. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreispaltige Petit- Zeile berechnet.

Nr. 145. Sonntag, 13. Dezember. 1874.

Zum Vereins- und Versammlungsrecht.

Ein Berliner Parteigenosse hat Herrn Lessendorf nachstehend Denunziation gegen den Verein „Congrès Deutscher Landwirthe“ wegen Verletzung der §§ 2 und 8b der Verordnung vom 11. März 1850 zugehen lassen:
Unter den Augen der Staatsanwaltschaft und unter Beistand Seiner Königl. Hoheit des Kronprinzen, des Reichsministers Fürsten Bismarck, des Handelsministers Dr. v. Arnim, des Polizeipräsidenten von Madai hat in Berlin zu wiederholten Malen der landwirthschaftliche Congrès getagt, welcher die Bestimmungen der Verordnung vom 11. März 1850 betr. das Vereins- und Versammlungsrecht in jeder Hinsicht außer Acht gelassen und verletzt hat.

Nach der bekannten Entscheidung des Obergerichtes finden die Bestimmungen der vorgedachten Verordnung Anwendung auf alle Vereine, welche sich, wenn auch nur zeitweise und vorübergehend, mit politischen Fragen, mit Erörterungen beschäftigen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, selbst dann, wenn die Statuten dieser Vereine einen anderen Zweck als Aufhebung desselben bezeichnen.

Es ist nun notorisch, daß der sog. Congrès der Landwirthe Verein ist und Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt und bewirkt.
Sowohl in der 1870 im Verlage von W. Köfer hiesig erschienenen Congrèszeitung für die Mitglieder des 3. Congrès deutscher Landwirthe, als auch im Bericht über die Verhandlungen des 5. Congrès deutscher Landwirthe, herausgegeben vom Deconomie-Rath Nooß, Berlin 1874, ist ein Verzeichniß der Mitglieder des Congrès abgedruckt; es ist ein feststehender Beitrag erhoben, ein Vorstand gewählt und mit der Leitung der Geschäfte innerhalb der Pausen zwischen den Sitzungen des Congrès betraut worden. Die Qualifikation als Verein ist also unbestreitbar.

Ebenso notorisch ist es, daß dieser Verein Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt. Von den Duzenden in dieser Richtung gefaßten, aus den oben citirten Veröffentlichungen ersichtlichen Beschlüssen hebe ich nur folgende hervor:

„Antrag der Herren Sombart, Schumacher, eingebracht in der Sitzung vom 19. Febr. 1870:

„Der Ausschuß des Congrèses wird beauftragt, an den Kanzler des Norddeutschen Bundes die Bitte zu richten, dahin zu wirken, daß in Gemäßheit des Art. 8 der Norddeutschen Bundesverfassung der dauernde Ausschuß für Handel und Verkehr im Bundesrathe durch einen Vertreter des Ackerbaugewerbes verstärkt werde.“

Auf diesen Antrag hat der Bundeskanzler dem Congrès eine schriftliche Mittheilung zugehen lassen, des Inhalts, daß er seine Erwägungen, dem Antrage die amtliche Anerkennung und Erlaubnis zu gemäßen, bereits begonnen habe.

Dieses eine Faktum, sowie eine ganze Reihe von Anträgen an die Staatsregierung, in den Verhandlungen debattirt, angenommen und abgeschickt, liefern den Beweis, daß dieser Verein Einwirkungen auf öffentliche Angelegenheiten anstrebt und erzielt.

Auf dem Congrès von 1870 ist auf Antrag des Herrn von Wedemeyer die agrarpolitische Partei gegründet worden, deren Programm auf dem diesjährigen Congrès zur Berathung stand. Dem Ausschusse zur Prüfung überwiesen worden ist, ein Programm, welches bei den letzten Wahlen unter dem Titel: „Was wir wollen, oder die 10 Wahlgebote. Ein Mahnwort für Bürger und Landmann, ehe er zum Wahlstisch geht,“ in Tausenden von Exemplaren vertheilt worden ist.

Wenn überhaupt noch ein Zweifel darüber bestehen könnte, ob der landwirthschaftliche Congrès ein politischer Verein ist, so wird dieser Zweifel durch das Zustandekommen des diesjährigen Landtags- und Landtagsabgeordneten v. Wenda, gehoben, welcher nach die Zeitungen am 22. Oktober d. J. den Grund bekannt macht, der ihn zur Niederlegung des Vorsizes bestimmt hat. Es lautet in dieser Erklärung:

„3) endlich und vorzugsweise, weil ich seit der letzten Februar- Versammlung die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Congrès politischen Bestrebungen zum Sammelpunkte, daß er namentlich der agrarpolitischen Partei zur Stütze dient, welche mit landwirthschaftlichen Beschwerden politische Propaganda macht und wegen ihrer Wirksamkeit in den Ackerbaudistrikten von den letzten Wahlen her bekannt genug ist.“

Dieser politische Verein steht nun mit anderen Vereinen in Verbindung; das letztjährige Mitgliederverzeichnis zählt allein 10 Vereine auf, welche sich durch Delegirte auf dem Congrès haben vertreten lassen; sogar die Landräthe der Kreise sind vielfach als Delegirte erschienen.

Diese Vereine wirken nun ebenfalls auf öffentliche Angelegenheiten ein; der Verein „Eichenkranz“ zu Graudenz läßt sogar einen Antrag stellen:

„Der Congrès deutscher Landwirthe wolle über eine von ihm (dem Verein Eichenkranz) an den deutschen Reichstag gerichtete Petition in Berathung treten resp. derselben sich anschließen.“

Es ist somit aus den eigenen Veröffentlichungen des Congrès deutscher Landwirthe notorisch, daß derselbe gegen die §§ 2 und 8b der Verordnung vom 11. März 1850 verstoßen hat, und obwohl der Congrès die öffentlichen Verhandlungen des Congrèses Staatsanwaltschaft diese Beschlüsse gar nicht bemerkt haben schreint, die Einleitung der Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen.

Der jetzige Ausschuß besteht aus den Herren: von Wedemeyer

Behlingendorf in Pommern, von Lenthe, Oberappellationsgerichts- rath aus Celle in Hannover, Schumacher, Domänen-Pächter in Zarchlin, v. Rath-Lauersdorf, Sombart-Ernstleben, Graf Zedlitz-Großhohrau, Nooß, Deconomie-Rath in Berlin, von Wenda- Radow, von Wedemeyer-Schönrade, Holz, Landschaftsrath in Alt- Marlin, von Dieß, Landrath in Daber, Elsner von Gronow in Kalinowitz, von Behr-Schmolow, Schüge, Deconomie-Rath in Heinsdorf, Griepenkerl, Landes-Deconomie-Rath in Braunschweig, Dr. Herth-Heidelberg, Professor Dr. Beder-Greifswald, Graf von Dürckheim-Montmartin in Fröschweiler, Graf von Dürckheim auf Bundhorst, Kennemann-Klenka, von Langsdorff-Dresden, Freiherr von Nordde zur Rabenau, Freiherr von Ow, Pabst-Burgstall, Basquais-Wasselnheim, Professor Richter-Tharand, Professor Richter-Königsberg, Seiler-Reuensalz, Freiherr vom Stein, Professor Ad. Wagner-Berlin, Stadtrichter Willmanns-Berlin.

Politische Uebersicht.

— Bourgeois-moral. Dem „Erimittschauer Bürger- und Bauernfreund“ schreibt man aus Gera unterm 6. Dezember: „Gestern, Sonnabend, gegen Abend fanden in dem benachbarten Unterhans (?) tumultuarische Scenen, verursacht durch die an dem Gera-Weimarer Bahnbau beschäftigten Arbeiter, größtentheils Italiener, statt, zu deren Dämpfung eine Compagnie Militär von der hiesigen Garnison abgeschickt wurde. Die an der genannten Bahn beschäftigten Arbeiter, ungefähr 400 an der Zahl, hatten schon seit vier Wochen keinen Lohn erhalten. Sie drängten daher am Sonnabend Nachmittag, nachdem sie schon am Vormittag ausgehört zu arbeiten, sämmtlich auf Zahlung; sie ließen ihre Schachtmesser aus der Restauration, wo sonst gewöhnlich der Lohn ausgezahlt wird, nicht fort, und wollten sie so zu sagen als Geiseln behalten. Dieselben schickten nach der Stadt, um Militär zu requiriren, welches auch sofort erschien. Nachdem jeder Mann mit drei scharfen Patronen versehen war, rückte man ab; die Offiziere ließen zuerst die sämmtlichen Localitäten räumen; die beiden Majors, Bataillons-Commandant und Landwehrmajor, unterhandelten dann mit den Schachtmessern, so daß noch jeder Arbeiter als Abschlagszahlung 5 Thaler erhielt und der Rest ihnen in einigen Tagen versprochen wurde. Die Arbeiter hatten den Offizieren zugerufen: „Wir haben Hunger. Wir müssen unsere Quartierrente bezahlen“ u. s. w. Es war an Geld eine Summe von 1400 Thalern vorhanden. Hieraus kann man sehen, wie höchst gewissenlos die Herren Schachtmesser gehandelt haben. Denn konnten sie nachher Geld auszahlen, so konnten sie es vorher auch, ohne daß die militärische Hilfe in Anspruch genommen werden durfte. Wie leicht konnte bei der unter solchen Umständen leicht begreiflichen Erregtheit der Arbeiter Widersetzlichkeit gegen das Militär vorkommen, so daß möglicherweise von den Waffen Gebrauch gemacht worden und vielleicht der Hunger der Arbeiter, wie bei solchen Gelegenheiten üblich, mit blauen Bohnen gestillt worden wäre. Man hat immer in unseren Bourgeois- Zeitungen die Bescheidenheit und Heuchelei der italienischen Arbeiter im Gegensatz zu den deutschen gelobt; wie dumm daher, daß diese Bescheidenheit und Heuchelei sich nicht so weit erstreckt, daß die Leute ganz ohne Lohn arbeiten, sondern denselben sämmtlich verlangen. Die Herren Bahnbesamten werden sich jedenfalls auch nicht ohne Gehalt abspesen lassen. Der Vorfall hat weiter keine Folgen gehabt; es sind auch keine Verhaftungen vorgenommen worden. Die Offiziere sind doch zu vernünftig gewesen, um die Gerechtigkeit der Forderungen der Arbeiter nicht begreifen zu sollen.“

Dies der Bericht des „Erimittschauer Bürger- und Bauernfreund“. Nach einer anderen Version hat die fürstlich reussische Regierung den Arbeitern einen Vorkuß und zwar in der Höhe von je drei Thalern auszahlen lassen. Was wäre aber geschehen, wenn sich die reussische Regierung minder entgegenkommend gezeigt hätte und wenn die Offiziere nicht „vernünftig“ gewesen wären? Man, man hätte die Arbeiter zu Paaren getrieben, unbekümmert darum, ob sich dieselben den gestinnungslosen Arbeitgebern gegenüber im Rechte befanden. Das ist so Brauch in dieser „besten der Welten“!

— Der Schweizerische Arbeiterbund hat an die schweizerische Bundesversammlung in Bern eine Eingabe, betreffend das zu schaffende Bundesgesetz über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter gerichtet; den auf die Frauen- und Kinderarbeit bezüglichen Abschnitt werden wir in der nächsten Nummer mittheilen. Des Weiteren wird gefordert: der zehnstündige Normalarbeitstag, ein Gesetz gegen Lohnabzüge, ein wirksames Haftpflichtgesetz, die Einführung des Instituts der Fabrikinspektoren und Abschaffung der Fabrik-Zwangs- lassen, dazugegen Verpflichtung jedes Arbeiters, einer von den Arbeitern selbst zu verwaltenden Krankenkasse anzugehören.

— Aus England. Die Kohlengräber im Dean-Forest streiken seit einigen Wochen gegen eine ihnen zugewandte Lohnreduktion von 10 Prozent; obgleich die Arbeiter sich bereit erklärt haben, den Streit schiedsrichtlich schlichten zu lassen, hat bis jetzt kein Schiedsgericht zusammentreten können, weil die Grubenbesitzer halsstarrig auf der 10 Prozent-Reduktion bestehen. — In Süd- wales haben die vereinigten Grubenbesitzer eine abermalige Lohn- reduktion, welche vom 1. Januar an in Kraft treten soll, ange- kündigt; alle Arbeits-Contracte sind am 1. Dezember gekündigt worden. Bis jetzt sieht es nicht aus, als ob die Arbeiter sich unterwerfen wollten. — Die Grubenbesitzer von Nord-Devonshire

und Süd-Yorkshire haben eine Coalition gegen die Arbeiter gebildet: eine Strike-Versicherungsgesellschaft mit 200,000 Pfd. St. Kapital (in Aktien à 10 Pfd. St.). Zweck der Organisation ist: Unterstützung der Mitglieder, welche durch Strikes von Arbeitern Verluste erlitten haben — Ersatz für Grubenausgaben und für Verluste durch Stillstand der Werke; 2) bei Streitigkeiten von Mitgliedern mit ihren Arbeitern den Mitgliedern einen Rückhalt zu geben und die dabei erwachsenden Kosten zu bezahlen.“ Kurz, eine Kapitalisten-Trade-Union in bester Form! Der große englische Fabrikantenbund wird schon dafür sorgen, daß das Beispiel Nachahmung findet. — Vor einer Versammlung von Grubenarbeitern in Glasgow hielt Herr Macdonald, das bekannte „Arbeiter“-Parlamentsmitglied eine Rede, in welcher er behauptete, daß der Handel des Landes sowie die Lage des Eisen- marktes eine Erhöhung der Arbeitslöhne billigerweise rechtfertigen. Er bemerkte, die Arbeiter hätten ein ebenso gutes Recht, den Preis ihrer Arbeit festzustellen, als Zeitungsbesitzer den Preis ihrer Zeitungen zu fixiren. Der nationale Grubenarbeiterverband repräsentirte 135,000 Mitglieder mit einem Kasseebestande von 200,000 Pfd. St. Die Grubenarbeiter befänden sich daher in einer vortrefflichen Lage und könnten es ebenfalls auf einen Kampf mit dem Kapitale ankommen lassen. Die Versammlung beschloß, die Grubenbesitzer zu ersuchen, der Einsetzung von Schiedsgerichten in Schottland ihre Zustimmung zu geben, da sich dieselben in England als erfolgreich erwiesen hätten. Nun, mit dem „Erfolg“ in England haben's noch sehr. — Dem amtlichen Bericht der Bergwerks-Inspectoren für 1873 zufolge waren in diesem Jahre 512,000 Personen in den Kohlen- und Eisenerzbergwerken Großbritanniens beschäftigt. Die Quantität der gewonnenen Kohlen belief sich auf 128,000,000 Tonnen und die Zahl der durch Unfälle verursachten Todesfälle während der 12 Monate beträgt 1069, geschrieben: tausendneunund- sechzig. Es kommt mithin ein Todesfall auf je 133,677 Tonnen der gewonnenen Mineralien, und von diesen tausendneunundsechzig Todesfällen — wie viele waren verhütbar? Wie viele der Verunglückten sind bloß veranlagt, weil die nöthigsten Sicherheits- maßregeln versäumt waren? Die Statistik giebt darauf keine Antwort, und wird sie auch nicht geben, so lange sie in den Händen der Kapitalistenklasse ist. Aber es steht fest, daß die moderne Technik über genügende Mittel verfügt, um Grubenunfälle (durch böse Wetter u.) beinahe unmöglich zu machen. Die Schlussfolgerung hieraus ist: die übergroße Mehrzahl jener tausendneunund- sechzig Verunglückten sind Opfer der modernen Produktion, sind gemordet durch das Kapital!

— Ein Opfer des Militarismus. Man schreibt uns aus Bayreuth unterm 7. Dezember: „Gestern Abend hat der Unter- officier Schwaiger vom 7. Infanterie-Regiment, vormaliger Redakteur der „Hofer Zeitung“ und tüchtiger Parteigenosse, seinem Leben durch einen Schuß durch den Kopf ein Ende gemacht. Derselbe war bei seinen Kameraden eine beliebte und bei seinen Vorgesetzten eine beobachtete Persönlichkeit. Schwaiger wird hier allgemein bedauert, denn er ist bereits der Fünfte innerhalb eines Jahres, welcher auf diese Weise endete. Als Grund zu dem Selbstmorde ist Abneigung gegen das Militärleben anzugeben.“

— Alte Bekannte. In dem Prozeß gegen Arnim (vorigen Mittwoch haben die Gerichtsverhandlungen begonnen) figuriren als Richter die Herren Reich, v. Ossowski und Giersch; als Staatsanwalt Lessendorf. — Dieselbe Besetzung wie am 16. Mai gegen Wost.

— Die Zerwürfnisse unter den amerikanischen Sozialisten haben zur Folge gehabt, daß aus den Trümmern der „Arbeiter- Zeitung“ zwei neue Zeitungen entstanden sind: die „Neue Arbeiter-Zeitung“ und der „Sozialdemokrat“. Beide Zeitungen erscheinen in New-York.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.
Gotha. Abrechnung der Hauptkasse vom 1. November bis 1. Dezember 1874. Einnahme: Roßlig 1 4 Thlr. 1 Gr. 5 Pf., Weinigen 1. 18. 8., Leipzig 5. 5. —, Augsburg 3. 7. 1., Braunschweig 2. 4. —, Mannheim 1. 5. —, Erimittschau 2. 20. 5., Regensburg 5. 11. 5., Würzburg —. 15. 4., Kett- lingen 2. 24. —, Heidelberg 1. 12. 5., Dresden 9. 20. —, Frankfurt 2. 15. —, Langelsalza d. v. Mitglied. Heuer —. 6. —, Stuttgart 3. 15. —, Ulm 4. 13. 1., Eßlingen 6. 3. 5., Braun- schweig 2. 18. —, Nürnberg 4. 20. —, Gotha 1. 19. —, Darmstadt 9. 6. 3. Protokollgelder gingen ein: von Würzburg —. 22. 3., Gotha 1. 8. 7., Pforzheim —. 25. —. Kassenbestand vom 1. Nov. 269. 14. —. Summa 347 Thlr. 1 Gr. 2 Pf. — Ausgabe: „Volksstaat“-Abonnement —. 6. 7., Abzahlung an die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig 10. —. —. Unterstützung an Fr. Vorkardt in Erfurt 5. —. —. an die Nürnberg-Ge- nossenschaftsbuchdruckerei für Cufular Nr. 1 6. 10. —. für die verstorbene Ehefrau des Mitgl. Stadelmann in Dresden 12. —. —. Zuschuß nach Stuttgart 3. —. —. für Agitation an Gang in Carlruhe 2. 8. —. Ufert —. 15. —. Gehalt des Vorsitzenden 20. —. —. des Kassirers 4. —. —. Verlag der Verwaltung 4. 17. —. Summa 67 Thlr. 26 Gr. 7 Pf.
Bilanz: Einnahme mit Kassenbestand 347 Thlr. 1 Gr. 2 Pf. Ausgabe 67 Thlr. 26 Gr. 7 Pf. Bleibt in Kasse 279 Thlr. 4 Gr. 5 Pf.

Am 8. d. Mts. ist das Mitglied Jacob Friedrich in Augsburg gestorben. Derselbe war ein eifriger und thätiger Gewerkschaffler für unsere gerechte Sache. Friede seiner Asche. Da derselbe Mitglied der Krankenkasse und Herrn Endres die statutarischen 15 Thlr. Beerdigungsgeld zur Bestattung der Leiche übermittelt worden sind, so schreiben wir hiermit nach § 15 die Extrasteuer von 7 Pf. aus. Jede Mitgliedschaft hat bei der nächsten Abrechnung soviel Mal 7 Pf. an die Hauptkasse mit einzusenden als Mitglieder am Ort in der Krankenkasse sind, und ist dieser Beitrag aus der Ortskasse zu entnehmen. Die Mitglieder ihrerseits haben bis spätestens den 15. Januar diese Extrasteuer an die Ortskasse zu entrichten. Wer bis dahin dieselbe nicht berichtigt, dem soll im Erkrankungsfall die Unterstützung verweigert werden. Es wird dieser Beschluß manchem Kollegen hart erscheinen, allein diejenigen Mitglieder, die nicht durch Milde, müssen durch derartige Bestimmungen an ihre Pflichten erinnert werden. Die Kasse soll pünktlich ihren Verpflichtungen nachkommen, mithin müssen auch die Mitglieder pünktlich sein; denn die Mitglieder stützen sich auf die Kasse und die Kasse auf die Mitglieder. Auf dem Coupon der Postanweisung und im Formular muß genau angegeben sein, wie viel von dem Gelde auf die Extrasteuer kommt.

Mit Gruß Für die Verwaltung: W. Bod.

Verein der Sattler und Berufsgenossen.

Hamburg, 2. Dezember. Heute hielten wir eine ordentliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung „Die Lohnfrage“. Referent, Herr Auer, beleuchtete das Verhältnis des Arbeitslohnes zu dem naturgemäßen Lebensunterhalt und wies durch sehr treffende statistische Beweise nach, daß der bei uns bestehende Lohn, trotz dessen scheinbarer Erhöhung innerhalb der letzten zehn Jahre, im Verhältnis zum notwendigen Lebensunterhalt gesunken ist, was wohl auch jedem denkenden Kollegen einleuchten wird. Sodann ging Referent zu den von dem Verein ergriffenen Schritten über, durch welche dem jetzt überall auftretenden Arbeitsmangel abgeholfen werden soll, und betonte zum Schluß, daß es Pflicht eines jeden Sattlers und Berufsgenossen sei, sich dem Vereine anzuschließen. Die Anwesenden, welche mit der größten Aufmerksamkeit dem Referate folgten, zollten dem Referenten am Schluß reichen Beifall. Mögen nun aber auch alle anwesend gewesenen Nichtmitglieder ihre Schuldigkeit thun und dem Vereine beitreten, dann werden wir bald den Nationationen einzelner Arbeitgeber einen Damm entgegenlegen können.

Schließlich erlaube ich die Vertrauensmänner derjenigen Mitgliedschaften, deren Adressen im „Volkstaat“ Nr. 124 nicht vermerkt sind, dieselben bald zu veröffentlichen. Auch ist es notwendig, daß die Mitglieder öfters darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie sich im Falle der Abreise bei dem Vertrauensmann abmelden müssen, was im Buche vermerkt sein muß. Es sind mir in der letzten Zeit mehrere Fälle vorgekommen, wo das außer Acht gelassen war.

Mit collegialischem Gruß! F. Schulz.

Hamburg, 5. Dezember. Zum Kapitel des Kontraktbruchs will ich meinen Kollegen Nachfolgendes mitteilen. Durch meinen Unstern und in Folge des schlechten Geschäftsganges, der sich hier auch in allen anderen Branchen bemerkbar macht, sah ich mich genötigt, beim Sattlermeister Wade in Arbeit zu treten. Ich sage: durch meinen Unstern kam ich dazu, diese Stelle anzunehmen. Und so ist es auch, denn obengenannter Meister ist einer von denjenigen, deren Werkstätten man, wenn man sie einmal kennt, möglichst zu meiden sucht und zwar aus verschiedenen Gründen, die ich hier des Näheren nicht ausführen kann. Eine dieser schlimmen Eigenschaften des Herrn Wade ist die, im Gegensatz zu der hier in den meisten Werkstätten üblichen Arbeitszeit von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr, von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr arbeiten zu lassen. Obwohl ich nun keine große Lust zeigte, dieser Bedingung mich zu fügen, so mußte ich doch, wollte ich nicht schon die ersten Tage wieder außer Arbeit sein, in den sauren Apfel beißen. Doch dauerte es nicht lange, da entdeckte der Meister, daß ich Sozialist bin; und von diesem Augenblicke an suchte er an Allem, was ich that oder nicht that, zu kritisieren und zu mäkeln, bis er mir schließlich am Donnerstag, 20. Oktober, plötzlich erklärte, daß es am besten sei, ich verlasse sofort seine Werkstätte und suche mir anderwärts Arbeit nach meinem Belieben. Ich erklärte ihm hierauf, daß es mir höchst gleichgültig sei, ob ich bei ihm oder anderswo arbeitete, verlangte aber, da Weiteres zwischen uns beim Arbeitsantritt nicht abgemacht war, vierzehntägige Kündigung. Davon wollte nun der gute Mann nichts wissen, sondern erklärte mir nur, ich sollte seine Werkstätte verlassen. Ich erhob nun bei der Vergleichsbehörde Klage gegen ihn und beantragte, daß mir auf Grund der Gewerbeordnung der mir zukommende 14tägige Lohn ausbezahlt werde. Hier behauptete nun Herr Wade, daß ich ihm die Arbeit verpfauscht und daß er mich in Folge dessen entlassen habe. Ich beantragte nun, daß die Arbeit von Sachverständigen geprüft werde, ein Antrag, der auch angenommen, jedoch in der Weise ausgeführt wurde, daß die Prüfungs-Kommission, anstatt von beiden Seiten gewählt zu werden, wie ich beantragt hatte, bloß von Herrn Wade allein gewählt wurde, der denn auch selbstverständlich einen seiner guten Freunde wählte. Dieser entschied denn auch, ohne mich zuzuziehen, wie es abgemacht war, dahin, daß meine Arbeit schlecht sei. Daraufhin wurde ich denn von der Vergleichsbehörde abgewiesen. Doch gab ich mich damit nicht zufrieden. Ich nahm einen Rechtsbeistand und klagte bei dem ordentlichen Richter, und hier wurde denn entschieden, daß der Herr Meister Wade im Unrecht und ich im Recht war, und wurde derselbe angewiesen, mir den vierzehntägigen Lohn auszuzahlen. Der ganze Vorgang hat für die Allgemeinheit meiner Ansicht nach insoweit ein Interesse, als dadurch zweierlei bewiesen ist: 1) Daß bei den sogenannten Vergleichsbehörden (eine verschleierte Ausgabe der vielgerühmten Schiedsgerichte) der Arbeiter sein Recht ungemein schwer findet; und 2) daß die Herren Meister, welche sich so sehr viel über die Kontraktbrüche der Arbeiter beklagen, es nicht weniger als genau mit ihren Pflichten nehmen, wenn sie sich dadurch einen Vortheil verschaffen können. Zum Schluß noch die Frage: Was hätte mir mein jetzt durch Richterspruch gewonnenes Recht genügt, wenn es mir nicht gelungen wäre, hier wieder Arbeit zu finden und die Angelegenheit weiter zu verfolgen? G. Du.

Krankenkasse der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.

Crimmitschau. Die Urabstimmung, die Belanntmachung in Nr. 103 des „Volkstaat“ betreffend, theilen wir den Mitgliedern Folgendes mit: Es stimmten für und gegen den Antrag: in Breslau 20 für; in Crimmitschau 31 für; in Oera 18 für, 1 gegen; in Großenhain 30 für, 1 gegen; in Niederrabenstein 33 gegen; in Schmölln 20 für, 3 gegen; Delitzsch, ohne Angabe der Stim-

menzahl für; Braunschweig mit großer Majorität für; Meerane zahlreiche Versammlung einstimmig für den Antrag.

Es ist somit der Antrag angenommen und befiel sich derselbe in den Ergänzungsblättern S. 3 (§ 17). Die Ergänzungsblätter werden im Laufe dieser Woche versandt. Braunschweig, Schweinun und Niederrabenstein: auf die Anfragen u. s. w. nächstens brieflich Antwort.

Was den Rechnungsabschluss der Hauptkasse betrifft, so sind wir daran, denselben fertig zu stellen; es ist von vielen Mitgliedschaften nicht regelmäßig, und so man auch mangelhaft abgerechnet worden, so daß die Abrechnungen zurückgeschickt werden mußten, dergleichen Dinge wirken höchst verwirrend auf die Buchführung. Die säumigsten Orte (dieser Ausdruck ist der mildeste, den es für die Orte gibt) sind: Gotha, dasselbe sendet gewöhnlich 1 Thlr. ohne Abrechnung und ohne zu sagen für was, Scoßhöfheim und Pöfned, welches gar nichts von sich hören läßt. Genossen, es naht der Jahresluß, sehe ein Jeder darauf, daß bis zum 10. Januar die Abrechnungen, laufend bis zum 31. Dezember, nebst den genau nach Vorschrift ausgefüllten Krankenzeitern (Abmeldefcheinen) und womöglich eine spezielle, über Lokalverhältnisse, Berurligungen seitens der Mitglieder (Siehe Zusatz zu § 11, Ergblt. S. 2, Protok. S. 16, Z. 15 v. u.) und sonst nöthig erscheinende Bemerkungen oder Vorschläge an den Aufsichtsrath, Gelder aber an den Hauptkassirer eingeleitet werden. Schließlich machen wir auf die Aenderung des § 25 (Protok. S. 23, Abs. 7), die Einsetzung an die Hauptkasse betreffend, aufmerksam.

Genossen, jetzt ist es an Euch, und die Arbeit nicht zu erschweren; bedenk, daß wir als Familienväter den Tag über an unserer Arbeit liegen müssen; bedenk, daß man zwar Länder, aber keine Zeit annektern kann.

Im Auftrage der Vorortverwaltung:

A. Thierfelder, Vorsitzender des Aufsichtsraths, Turnhallenstr. 312 C.
A. Bösch, Hauptkassirer, Turnhallenstr. 303 C.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. An die deutschen Schiffszimmerer! Die Arbeits-einstellung unserer Kameraden in Memel dauert fort. Unsere Kameraden versuchten das Lohn-Verhältnis mit den Arbeitgebern auf gutlichem Wege zu regeln, jedoch mißlang die Absicht, weil in Memel mehrere Schiffskapitane sich zu Schifförberern emporgeschwungen haben, und dieselben gerade die Urheber des Lohnabzuges zu sein scheinen. Die Herren Schifförberer hatten sich geäußert, unsere Kameraden sollten noch auf den Reien vor ihren Thüren um Arbeit betteln. Jedenfalls müssen die Herren Schiffskapitane einen besseren Lohn erhalten haben, da sie sich zu Schifförberern emporgeschwungen haben. Nun wir Schiffzimmerleute kennen das, da die meisten von uns die See befahren haben und daher auch wissen, wie gewandt Kapitane es verstehen, sich öfters einen guten Tagelohn zu verdienen. Und daher kann es auch vorkommen, daß sich ein Kapitain aus purer Sparsamkeit leicht zum Schifförberer emporschwingt.

Wächten aber doch alle, die es vom Kapitain zum Schifförberer gebracht haben, lieber einmal daran denken, daß die Schiffszimmerer auch Menschen sind, und gerade Kapitane sollten viel auf die Schiffzimmerleute halten, denn wenn sie keine Schiffzimmerer hätten, die ein Schiff zu bauen verstehen, dann könnten die Herren Kapitane auf dem Lande fahren. Die Schiffzimmerer verlangen nicht mehr, als daß sie von ihrer schweren Handarbeit nur so viel erhalten, daß sie mit ihrer Familie nicht zu darben brauchen. Und diese Forderung ist doch keine ungerechte? Die Schiffsbaumeister möchte ich aber daran erinnern, was sie in Berlin am 16. und 17. November beschlossen haben. Im § 1 ihrer Statuten steht geschrieben: „Die gemeinsamen Interessen der Fachgenossen zu wahren, und die Verhältnisse zwischen Vereinsmitgliedern und ihren Arbeitnehmern in beiderseitigem Interesse zu regeln.“ Ich frage an: Ist das im Interesse des Arbeitnehmers gehandelt, wenn man ihm einen Tagelohn, welchen er bereits ein Jahr lang erhalten hat, herunterdrücken will? Urtheile daher ein Jeder, ob das Vorgehen der Memeler Schiffsbaumeister gerechtfertigt werden kann. Euch aber, Kameraden in Deutschland, rufe ich zu: Auf den Posten! Den Zugzug müßt Ihr alle fern halten.

Mit sozialdemokratischem Gruß H. Gros.

Correspondenzen.

Ulm, 30. Nov. Getreu seinem uns gegebenen Versprechen besuchte und gestern der Reichstagsabgeordnete Julius Wotteler. Wir hatten, obgleich etwas zaghaft (denn frühere Versuche des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins waren mißglückt) eine Volksversammlung einberufen, und das allerdings nicht große Lokal, war überfüllt. Herr Wotteler sprach über die Stellung der Sozialisten zum Reiche und führte in 2 1/2 stündiger glänzender Rede aus, wie alle Versprechungen, die die Preußenfreunde in Bezug auf Herabminderung der Steuerlast, Pressefreiheit, und andere schöne Dinge gemacht, eitel Lug und Trug gewesen seien. Solange die Böller für die Fehler der Regierungen hühen müßten, sei überhaupt eine Besserung der heutigen Zustände nicht möglich, und da auch im neuen Reiche die Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung nur Schein sei, seien die Sozialisten wirklich Reichsfeinde, wenn auch nicht in dem Sinne, wie unsere Gegner meinen. In vortrefflichen Worten geistelte er nebenher die heutige feile Presse, beleuchtete das gemeinsame Interesse, das Kleinbürgertum und Arbeiterstand in dem Kampfe gegen das Großkapital haben und forderte die Zuhörer, zum großen Theile Gegner der sozialistischen Bestrebungen, auf ihn zu widerlegen wenn sie es vermöchten. — Davon war natürlich keine Rede, die Herren Bourgeois haben nur Conrage, wenn sie dem einzelnen Arbeiter gegenüberstehen oder mit ebensolchen Hohlköpfen, als sie selbst sind, hinterm Bierschiff sitzen. — Nachdem die Versammlung auf 1/2 Stunde vertagt worden war, erläuterte Hr. Wotteler an der Hand unseres Programms unsere Forderungen und die Verantwortlichkeit derselben und schloß mit der Aufforderung zum Eintritt in unsere Reihen.

Höher noch als der unmittelbare Erfolg der mit rauschenden Beifall begleiteten Rede, ist der Umstand zu schätzen, daß auch solche Leute, die bisher über die Sozialdemokratie absprechend urtheilten, von derselben ein anderes Bild erhielten und die Sicherheit, die wir gewonnen haben, daß selbst in Ulm, wo bisher alle Bestrebungen, die Theilnahmslosigkeit der großen Menge aufzuwecken, gescheitert waren, bei reger Thätigkeit von unsrer Seite alle Arbeiter bald erkennen werden, auf welcher Seite das Recht ist, welche Partei ihre Interesse vertritt.

Erkennt doch selbst der Redakteur unsres Lokalblattes, dem übrigens, trotzdem er (natürlich aus andern Blättern abgeschrieben) bei jeder Gelegenheit Anfälle gegen die Sozialdemokratie bringt, unser Programm gestern erst bekannt geworden zu sein scheint, an, er zweifelt nicht, daß die Rede hier auf empfänglichen Boden

gefallen sei, und ergeht sich im Uebrigen in ganz gehaltlosen ja einzelne aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze gerichteten Angriffe, auf die wir ihm die Antwort nicht schuldig bleiben werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Parteigenossen. Seit mehreren Jahren haben wir gekämpft auch hier eine Mitgliedschaft zu gründen und konnten doch zum Ziele kommen. Und warum? „Was nützt es uns?“, hieß es, und das war es abgethan. Durch den Aufschwung aber an die deutschen Brüder und die rege Theilnahme derselben an unsrer augenblicklichen Noth ist es allgemeiner Wunsch, uns an das große Ganze anzuschließen und eine Mitgliedschaft zu gründen. Dies geschieht und können wir vorläufig die Höhe der Mitgliederzahl 20 Mann anschlagen, was für unsern kleinen Ort als ein erfreuliches Resultat anzusehen ist.

Bei der am 28. v. Mts. stattgefundenen Gemeinderathssitzung ist die Hälfte der von uns aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität gewählt worden, trotz des hier bestehenden Reichthums. Also kein Rückschritt, sondern auch hier Fortschritt der Sozialdemokratie. H. Goldammer

Briefkasten

der Redaktion. H. Goldammer in Seringswalde: Ist unentgeltlich aufgenommen. — Jabel Berlin, Schubert Braunschweig u. Z. Hamburg: Nächste Nummer.

Quittung

der Expedition. Von Bur Magdeburg Schr. 3 tthr. 2. 3., 5 gr. Bonn Altrudberg Schr. 25 tthr. W. Jpt Breslau Ab. 15. Otto Harburg Schr. 10 gr. Altona Groddurg Ann. 18 gr. Kiel Schr. 1 tthr. 20. J. Müller hier Schr. 11 gr. 4. Steinmegeverein Ab. R.-J. Arbzt. 1 tthr. 5. Bühr hier Ab. 2 tthr. 19. Schtz hier Schr. 3 tthr. 15. 5. Sez.-dem. Arbeitero. hier Ann. 25 gr., R.-J. Arbzt. 2 tthr. 10.

Fond für Gemahregelte.

Gef. bei einem Vergütigen der Schuhmacher in Lindenau 1 tthr. 8 von W. Heere Constanz 25 gr. 7.

Für die ausgeharrten Cigarrenarbeiter in Braunschweig geb. ferner ein: Aus Hamburg durch P. Rath vom Zimmerer-Unterstützungsverein 12 Thlr., vom Koromacheron 8 Thlr., Röhmaschinenfabrik Polad u. Schmidt 1 Thlr. 3 Gr. 7 Pf., Fabrik von Loose u. Co. (Eisenwerke) 2 Thlr. 7 Gr. 1 Pf., Aus Gotha durch W. Bod 3 Thlr. 8 Pf., Summa 26 Thlr. 11 Gr. 4 Pf.

A. Fuhs, Hauptkassirer, Berlin, Luckauerstr.

Anzeigen etc.

Berlin des Wahlvereins der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Locale des Herrn Carin, Prinzenstraße 72 (oberer Saal), Sonntag, den 14. Dezember Abends 8 1/2 Uhr.
1) Der Prozeß Arnim. 2) Sozial-pol. Wochenbericht. Referat Stolten. Diskussion. Verschiedenes. Fragelasten.
Es bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Der Vorstand.

Berlin Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Montag, den 14. d. M., Abends halb 9 Uhr: **Versammlung bei Wacke, Auguststr. 80.** Tagesordnung: Das Landsturmgesetz, Diskussion, Fragelasten. Mitglieder und Freunde sind zu zahlreichem Erscheinen eingeladen. haben Zutritt. Der Vorstand. J. A.: Lb. Regner.

Cöln Mittwoch, den 16. Dezember, Abends halb 9 Uhr: **Polale des Herrn Bremer, Engelstein 25:** **Öffentliche Parteiversammlung.** Tagesordnung: Der Punkt 10 unsres Programms. — Bei Wichtigkeit der Sache erwarre ich, daß die Parteigenossen alle am 9 sind. Der Vertrauensmann.

Hannover Allen Gesinnungsgenossen und „Volkstaat“ Abonementen zur Kenntniß, daß vom 1. Dezember d. J. von Seiten des hiesigen Sozial-politischen Arbeitervereins eine Filialexpedition errichtet ist. Der Preis beträgt pro Monat bei Abholung 6 Sgr., in's Haus 8 Sgr. Besülige Nr. sind abzugeben im Vereinslocale, beim Gastwirth Barthling, Knochenhauerstraße 59, woselbst auch regelmäßig Sonnabend Abends halb 9 Uhr die Vereinsversammlungen stattfinden. Eine regere Theilnehmung ist Pflicht!
A. Behisch, d. J. Vorsitzender.

Leipzig **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Sonntag, den 13. d. M., im Sophienbad: **Gesellige Zusammenkunft mit Damen** verbunden mit Tanz. — Anfang 6 Uhr. — Freunde des Vereins hierzu freundschaftlich eingeladen. (26) Das Comité.

Leipzig **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Montag, d. 14. d. M., Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Jacob, Petrusstr. 15, (goldsner Kcm). T.-D.: Sozial. Kamfshau. Ref.: Gähloff. — Fragelasten hatte und Vereinsangelegenheiten.

Wir empfehlen den Lesern des „Volkstaat“, sowie überhaupt dem Publikum, daß sich für die heutigen gesellschaftlichen Zustände interessiren, das Lesen der in unserem Verlage in Berlin erscheinenden

„Social-Politischen Blätter“

zum

Abonnement.

Der Abonnementpreis beträgt für wöchentlich einmalige Lieferung pro Quartal 10 Sgr., pro Monat 4 Sgr. Abonnementpreis in Resten ist 4 Sgr. pro Heft.

Colporteurs und Buchhändler erhalten entsprechenden Rabatt. Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Colporteurs, sowie Wochenlieferungen auch alle Postanstalten entgegen.

Berlin im Dezember 1874.
Redaktion und Expedition des „Neuen Social-Demokratischen“
Soeben ist erschienen:

Rede Diebfnecht's

über den Antrag auf

Beurlaubung der gefangenen sozialdemokratischen Reichstags- Abgeordneten.

(Reichstagsdrückung vom 21. November 1874.)

Mit einem Anhang zur Charakteristik des Herrn Tessen. 2 1/2 Bogen Oktav. Preis pro Exemplar 1 1/2 Sgr.

Ferner:

Unsere Preßzustände

von Wilh. Bloß.

2 1/2 Bogen Okt. Preis pro Expl. 2 Sgr.

Buchhandlung des „Volkstaat“

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert. Redaktion Hohestraße 4, Expedition Zeitungsstraße 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.